

kritik & utopie ist die politische Edition
im mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische
und außeruniversitäre wissenschaftliche
Arbeiten.

Nähere Informationen zu Beirat,
Neuerscheinungen und Terminen unter
www.kritikundutopie.net

Nikolaus Dimmel & Tom Schmid (Hg.)

ZU ENDE GEDACHT

Österreich nach Türkis-Blau

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2018
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Jannik Eder

Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu

Umschlagbild: Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag, Wien, 30. Juni 2018

Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 9 Vorwort der Herausgeber
- JOSEF CHRISTIAN AIGNER
16 Die Linke als Mitproduzentin des Rechtsrucks oder Linke Desaster fördern rechte Laster
- MICHAEL AMON
21 Der selektive Neoliberalismus oder It's a long way from Mont Pèlerin
- JOSEF BAUM
27 Ökolinks als logische Antwort auf Rechtsrechts
- MARKUS BINDER
33 Warum stützt die Hoffnung sich aufs Desaströse?
- EVA BLIMLINGER
39 Bildung für alle? Oder doch nur für Eliten?
- ANDREA BRUNNER
44 Türkis-blaue „Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik“
- NICOLAAS DE JONGH
53 Homo Deppus
- NIKOLAUS DIMMEL
56 Post-Demokratie? Post-Politik!
- TAMARA EHS
75 Kriminalisierung der Demokratie
- CHRISTIAN FLECK
83 Die vierte Kränkung der Menschheit und die Folgen für die Sozialdemokratie
- JÖRG FLECKER
89 Suggestive Maßnahmen und Klassenpolitik
- GÜNTER FLEMMICH
95 Reform um jeden Preis
- ROBERT FOLTIN
99 Was tun? Was tun!
- ROLAND FÜRST
104 Linke Vernunft und Verantwortung anstatt linken Selbstzwecks

- MICHAEL GENNER
114 Der Kampf wird lang
- CHRISTINE HASELBACHER
119 Etwas ist faul im Sozialstaat Österreich
- RAINER KLIEN
125 Das türkis-blaue Gift stürzt Arme und AusländerInnen in den Abgrund
- REINHARD KREISSL
130 Bananenrepublik mit Operettenstaat? Österreich nach der Wahl und von außen betrachtet
- SILVIA KRONBERGER
135 Fjotolf Hansen ist nun salonfähig
- KARL MARX
141 Thesen über Feuerbach
- GABRIELE MICHALITSCH
144 Regierung der Herren. Der neoliberale Weg zur rechten Knechtschaft
- ALFRED J. NOLL
149 Demokatur now
- SILKE ÖTSCH
155 Österreich im Platzhirschkapitalismus
- KLAUS OTTOMEYER
163 „Neue Männer braucht das Land“
- ADRIENN PETROVICS & RALF DRACK
170 Das Leben ist wie ein Märchen, dessen Ende wir selbst schreiben
- ARNO PILGRAM
175 Ent- und Repolitisierung der Kriminalpolitik
- KLAUS POSCH
183 „Liebe Deinen Nächsten? Nein, danke!“ „Und jetzt?“
- JUDITH PÜHRINGER
191 Auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation von Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik
- ERWIN RIESS
197 Ein Toter führt uns an. Österreich im Jubiläumsjahr
- PAUL SAILER-WLASITS
201 Die Wegbereiter rechter Herren
- BIRGIT SAUER
204 Rechtsruck in Österreich. Eine Geschlechterperspektive

- OLIVER SCHEIBER
208 Umbruch im Rechtsstaat
- JOSEF SCHMEE
214 Autoritärer Populismus als letzte Stufe des Neoliberalismus –
Österreichs Weg nach der Nationalratswahl 2017
- TOM SCHMID
219 Ans Ende denken
- HEINZ SCHOIBL
230 Zu Ende gedacht
- RICHARD SCHUBERTH
242 Solange ihr den anderen wehtut ...
- GABRIELE SPRENGSEIS
250 Am Weg zur Inklusion? Disability Mainstreaming gefordert
- CHRISTINE STELZER-ORTHOFFER
256 Die sozialpolitische Agenda der türkis-blauen Regierung 2017–2022
- ALOIS STÖGER
260 Raus aus den Parteizentralen
- EMMERICH TÁLOS
267 Soziale Kälte zieht ins Land
- RAPHAELA TIEFENBACHER & ALEXANDER SOMEK
270 Die Krise des Konservativismus
- PETER TURRINI
277 Eingemauert in Enttäuschungen
- HARALD WALSER
281 Marx erwartet Renaissance des Marxismus
- VALENTIN WEDL
288 Es gibt nur Richtiges im Falschen
- CHRISTIAN ZELLER
294 Ein neokonservativer Versuch
- PETRA ZIEGLER & FRANZ SCHANDL
301 Nein statt ja, aber ...
- 306 Autorinnen und Autoren

Vorwort

*„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert,
es kömmt darauf an, sie zu verändern.“*

Karl Marx, 1845 – Sebastian Kurz, 2017

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst einer reaktionären Gegenreformation. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus Post-Demokratie, illiberaler Demokratie und post-politischem Führerstaat. Dessen Proponent*innen polarisieren die Gesellschaft durch Sündenbock-Politiken der Spaltung, Ausgrenzung und Sozialdisziplinierung (der Fremden, Unproduktiven, Dissidenten). Ihre Rhetorik beruht auf Auslassungen, Lügen, Verdrehungen, Provokationen und grotesk überzeichneten Scheinproblemen. Für die solcherart „entdeckten Übel“ werden Sündenböcke gesucht, seien es Migrant*innen („Einwanderung in das Sozialsystem“), Arbeitslose („Durchschumler“) oder kritische Oppositionelle („Linkslinke“). Gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse werden konsequent personalisiert, ihre Opfer medial und politisch in Täter*innen verwandelt. Folgerichtig gilt nicht mehr die Armut in der drittreichsten Gesellschaft der EU als Skandal, sondern das Verhalten der Armen selbst, um diese sogleich zu verfolgen und auszugrenzen. Wer wie einige Journalist*innen des öffentlichen Rundfunks die Verhältnisse benennt, wird offen bedroht. Neben das neoliberale Konzept der „marktkonformen Demokratie“ tritt so das autoritäre Konzept einer „herrschaftskonformen Berichterstattung“.

Die große Erzählung dieser Gegenreformation ist die der Restauration. Rechte politische Eliten wollen hinter 1968 zurück, die Errungenschaften der sozialen (und nicht bloß politischen) Demokratisierung der Gesellschaft (Mitbestimmung, Gleichstellungspolitik, Instrumente der Armutsbekämpfung) rückabwickeln. An ihre Stelle tritt die konstitutionelle Festschreibung der Austerität mittels Nulldefizit. An die Stelle des Kampfes um ein nachhaltiges Verhältnis von Modernisierung, Wachstum und Ökologie tritt die Vorstellung, der Klimawandel sei eine Erfindung der Linken. An die Stelle kollektiver Sicherungsmechanismen tritt das Konzept einer radikalen Individualisierung. Die politische Freiheit zum Dissens wird beseitigt, an ihre Stelle tritt die Freiheit, schnell mit dem Auto auf neu zu errichtenden Autobahnen zu fahren oder im öffentlichen Raum zu rauchen.

In vielen Ländern wurde diese Gegenreformation einer Rechtswende bereits institutionalisiert. In Ungarn, Polen, der Slowakei, der Tschechischen

Republik, in Finnland, Slowenien, Italien und Russland, der Türkei und den USA ist dieses Gespenst bereits mehr oder weniger zum Staatsgespenst geworden. Auch in Österreich hat der Kantersieg der Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen bei der Nationalratswahl 2017 zu einer Konstellation geführt, in der in einer Mischung aus Austeritätspolitik, Überwachungsstaat und repressiver Sozialpolitik die soziale Sicherheit perforiert, demokratische Freiheitsrechte beschnitten, die Medienfreiheit beschränkt und die Selbstverwaltung der Institutionen sozialer Sicherheit torpediert werden.

Unverstellt geriert sich die türkis-blaue Bundesregierung als Geschäftsbesorgerin der Reichen und Spekulant*innen, während den abhängig Erwerbstätigen und Erwerbslosen zugemutet wird, drastisch unterhalb der gesellschaftlichen Möglichkeiten zu leben. Eine mit außerparlamentarischen rechtsextremen Bewegungen verknüpfte Bundesregierung bekämpft offen

10 arme Kinder, schafft das Asylrecht ab, attackiert die Selbstverwaltung der Sozialpartner. Wo Sozialleistungen ausgebaut werden, werden diese durch den Abbau anderer Sozialleistungen „gegenfinanziert“.

Allfälliger Widerstand der Verlierer*innen dieser Umwälzung soll durch einen rechtlich entsicherten Ausbau des Überwachungs-, Kontroll- und Sicherheitsstaates bereits im Vorfeld zersetzt werden. Zwar scheiterte der erste, an einen Putsch erinnernde Angriff auf die Staatssicherheit, die BVT-Affäre. Die Konzentration der Staatsgewalt in Händen der Rechtsextremen aber wird absehbar weitere Gelegenheiten mit sich bringen, nicht nur Pfeiler keynesianischer Sozialstaatlichkeit, sondern auch die Gewaltenteilung zu erschüttern sowie den öffentlichen Raum für politischen Dissens zu schließen. Schon hat der Innenminister für eine berittene Polizei gesorgt. Diese Symbolik ist unmissverständlich: Nach dem Justizpalastbrand im Juli 1927 waren unter den 84 getöteten Demonstranten mehr von Pferden zu Tode Getrampelte als Erschossene.

Aus der Perspektive der Proponent*innen dieses illiberalen Gespenstes ist nun alles so, wie es immer sein wird und wie es schon immer hätte sein sollen. In ihrem Verständnis ist die neue Regierungsform keine „historische Phase“, sondern der (endlich erreichte) Normalzustand, der dauerhaft zu etablieren ist. Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ erfährt so eine Neuauflage. In dieser Konzeption hat die Vorstellung einer Historizität der Politik, einer Entwicklungsoffenheit des Staates und damit einer Dialektik von Bewegungen im politischen Wettbewerbsraum keinen Platz. Sie präsentiert sich als beständige, ewige und notwendige Ordnung, in der „das Volk“ endlich zu sich kommt. Augenfällig steht diese Ordnung aber auf tönernen Füßen, erfordert unentwegte Message Control, fortwährend Inszenierung politischer Bilder, die andauernde Formatierung von Frames, also gefühlsgeleiteten Einstellungen, Werthaltungen und politischen Verhaltensformen. Hohe Zustimmungswerte der Bevölkerung müssen beständig gesucht, medial inszeniert werden und in die Gouvernamentalität, also die Mentalität des Regiert-Werdens, einfließen.

Die türkis-blaue Wende ist am 15. Oktober 2017 freilich nicht urplötzlich und unvorbereitet hereingebrochen. Sie hat sich vielmehr bereits lange vorher abgezeichnet: Nämlich durch ein Brüchigwerden alter fordistisch-keynesianistischer Kompromisse, durch eine Erosion der Sozialpartnerschaft, durch ein Verblässen rechtsstaatlich fundierter Haltungen in den Medien, der politischen Klasse und dem Elektorat, durch den unkontrollierten Machtzuwachs der vierten (Boulevardmedien und neue Medien) und fünften (Lobbying) Gewalt.

Im nur noch scheinbar robusten Gefüge sozialpartnerschaftlicher Kompromisse wurde längst von Konkordanz auf Konflikt, von Konsens auf Mehrheitsentscheidung umgeschaltet. So gesehen war der 15. Oktober 2017 nichts als eine Entpuppung, eine Metamorphose, ein Häutungsprozess, in dem (unter Einschluss der NEOS) eine Verfassungsmehrheit zur radikalen Restauration konservativer Machtverhältnisse politisch hergestellt wurde. 60 Prozent der gültigen Stimmen der Nationalratswahl 2017 entfielen teils auf eine Führerpartei, die sich ihrer ständisch-bündischen Verpflichtungen weitgehend entzogen hat, und teils auf eine Partei von offen antisemitischen und rassistischen Rechtsextremen. Dass für 90 Prozent der Wähler*innen die Migrationsfrage die alles entscheidende war, zeigt zum Ersten, dass die Verletzlichkeit der mittleren und unteren Mittelschichten durch die Politik neoliberaler Austerität den politischen Diskurs weitgehend irrationalisiert hat. Angst und Furcht sind nunmehr zentrale Bestimmungsmomente politischen Verhaltens. Sie zeigt zum Zweiten, dass die realen Probleme (etwa am Wohnungs-, Arbeits- und Bildungsmarkt) größtenteils nicht mehr steuerbar sind, weil die politischen Eliten durch Verteilungs-, Privatisierungs- oder Ordnungspolitik Sachzwänge geschaffen haben, auf die unentwegt verwiesen wird und welche den Denkhorizont des Möglichen massiv beschneiden. Und sie zeigt zum Dritten, dass Zivilgesellschaft, aber auch politische Eliten, Parteien und Bewegungen nicht nur ihr historisches Gedächtnis verloren haben, sondern der neoliberal inspirierte Kapitalismus als Naturerscheinung, als natürliches Verhältnis wahrgenommen wird. Eine Gesellschaft jenseits „der ganzen ökonomischen Scheiße“ (Karl Marx) scheint nicht mehr denkbar. Vieles deutet darauf hin, dass wir nicht nur am Ende der Demokratie, sondern auch am Ende der Politik als Arbeit am Utopischen, unmöglich Scheinenden stehen.

Eben dies ist das Gespenst, welches in Europa umgeht. Und es scheint, als würde sich sein Grundkonsens ausgehend von den Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik) mit großer Geschwindigkeit auf immer mehr europäische Gesellschaften ausbreiten. Seine Proponent*innen wännen sich daher in Österreich sicher. Und in der Tat ist seit bald einem Jahr jede politische Opposition wie vom politischen Boden getilgt (Grüne), konzeptionell paralysiert (SPÖ) oder mit ihrer Selbstabschaffung an den Grenzen des Korruptionsstrafrechts (Liste Pilz) befasst. Selbst

von den Gewerkschaften war und ist bislang nur wenig zu hören. Die Arbeiterkammern befinden sich im Appeasement-Modus.

Die Linke, wer immer das heute zu sein beansprucht, *glaubt* nach eigenem Bekunden nicht an dieses Gespenst. Diese Botschaft ist allerdings doppelbödig. Denn die Linke *glaubt*, weil ihr die Analyse fehlt. Folgerichtig liefert sie sich, am Ende hilflos, dem Vormarsch der Gespenster aus. Anstatt Widerstand zu formieren, visionäre Gegenwelten zu entwickeln oder durch eigene Think-Tanks die im Koalitionspaket von türkis-blau angekündigten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit, ihre Kosten und auf Betroffene hin durchzurechnen, verstrickt man sich in einer Rhetorik der Indifferenz nach dem Motto „Es liegt ja noch nichts Konkretes vor, das man prüfen kann. Wir wissen ja noch nicht, was sie wirklich tun werden.“ Und so weiter. Wer literarisch bewandert ist, dem kann dazu nur Jura Soyfers unvollendeter Roman

12 *So starb eine Partei* einfallen.

In dieser konzeptionellen und programmatischen Lücke entsteht Opposition bislang, wenn überhaupt, auf vier Ebenen innerhalb (!) des herrschenden Blocks an der Macht:

- Nämlich zum Ersten zwischen Bund und Ländern, wobei die Länder politisch wenig einträgliche Materien dem Bund übertragen (Abschaffung des Art. 12 B-VG), stattdessen Machtpositionen (Lehrer) arrogieren und am Ende des Tages die Steuerhoheit zwischen Bund und Ländern teilen werden.
- zum Zweiten zwischen Realkapital und Finanzkapital, wobei diese Klemme durch eine weitere Reduktion von Löhnen und Sozialbeiträgen, die Ausweitung der maximal zulässigen Tagesarbeitszeit und andere Maßnahmen zu Verschärfung der Beschäftigungsbedingungen „gelöst“ wird. Nachdem Gewinne der Unternehmen entsteuert und ihre Exportchancen optimiert wurden, werden sie bei der Mitfinanzierung des Gesundheitswesens entlastet.
- Zum Dritten innerhalb der politischen Parteien an der Macht, so wenn sich relevante Teile der ÖVP mit Bestem farblich nur als „schwarz“ und eben nicht als „türkis“, als christlich-sozial (wie zum Beispiel im *Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund*, ÖAAB) und eben nicht marktradikal geben. Bereits jetzt rumort es in der bündischen Struktur der ÖVP. Hellwach ist die Erinnerung an die langjährige Tradition des Meuchelns von ÖVP-Parteiohleuten.
- Zum Vierten mag Politik mitunter darin bestehen, diplomatisch zu vermitteln und sich dabei nicht voreilig festzulegen. Sie kann aber nicht nachhaltig darin bestehen, nichts zu sagen. Nach wie vor gelten die Regeln der Gruppendynamik. Wenn eine Sozialministerin vom Kanzler coram publico zurückgepiffen wird, macht das keinen schlanken Fuß. Mitunter scheint dieser Kanzler einer Ministerriege inhaltlich Bevormundeter vorzustehen, während er die rechtsextremen, rechtspopulisti-

schen oder offen antieuropäischen Ausritte der FPÖ ganz nach dem Vorbild des Schweigekanzlers Schüssel aussitzt oder in ferne Länder fährt. Im Ergebnis stehen die Message Control, das Schweigen gegenüber rechtsextremen Programmsätzen und die Idolatrie der Bilder des Kanzlers auf tönernen Füßen. Tatsächlich werden die ersten großspurig vorgetragenen Leuchtturm-Projekte schon wieder beerdigt oder modifiziert. Die Grenzen der Restauration sind deutlich sichtbar: Über die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes in Fragen der Mindestsicherung, das Sekundärrecht der Gemeinschaft oder die Judikatur des Europäischen Gerichtshofes kann man sich nicht einfach hinwegsetzen.

Ungeachtet dieser inneren Bruchlinien des Blocks an der Macht aber herrscht in dem politischen Milieu, welches sich selbst als „Linke“ bezeichnet, (nicht erst) seit Oktober 2017 Orientierungs- und Ratlosigkeit. Die Ersten erwarten in Bälde ein „Knittelfeld 2“, also ein Zerbrechen der FPÖ an ihren inneren Widersprüchen aufgrund ihrer die Interessen des „kleinen Mannes“ systematisch beschädigende Politik. Die Zweiten erwarten ein Zerbrechen der ÖVP aufgrund der Widerstände der Bünde gegen den Führungsanspruch des autoritär agierenden Parteivorsitzenden. Die Dritten erwarten im Hinblick auf jene 48 Prozent der Wähler*innen, die sich einen Führer wünschen, die Herausbildung einer charismatischen Herrschaft. Die Vierten rechnen damit, dass die bestehende Verfassungsmehrheit für eine konservative Restauration über zwei Legislaturperioden hinweg einen grundlegenden Umbau der Institutionen vornehmen wird, welcher das politische System Österreichs nachhaltig in Richtung einer illiberalen Demokratie verändern wird. Diese vierte Annahme wird durch 85 Prozent der Österreicher*innen plausibilisiert, die Österreich den Christlichen vorbehalten und den (in toto als Muslime phantasierten) Flüchtlingen sämtliche (Im-)Migrationsrouten schließen wollen. Die Fünften sehen den Advent eines autoritären, wenn nicht totalitären Staates, dessen gewaltbereite Vorfeldorganisationen tief in der österreichischen Zivilgesellschaft verankert sind. Und in der Tat sind in der Rhetorik und den gesellschaftspolitischen Konzepten der Parteien an der Macht austrofascistische und nationalsozialistische Traditionslinien und Signaturen unverkennbar.

Um der zunehmenden Diffusität der Analyse sowie der Ermüdung bzw. dem Fehlen politischer Widerständigkeit von links nicht tatenlos zuzusehen, haben wir, Nikolaus Dimmel und Tom Schmid, uns im Februar 2018 auch angesichts der Erfahrung des vorherrschenden Schweigens der sogenannten „Oppositionsparteien“ entschlossen, Anstoß zu einem Diskurs zu geben, der allenfalls dazu beitragen könnte, eine kritische Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, Türkis-Blau „zu Ende zu denken“. Wir haben dabei zwei Denkrichtungen eingeschlagen, nämlich zum einen dahingehend, was der res publica, der societa politica und der Zivilgesellschaft in Aussicht steht, wenn diese Regierung bis zum Ende einer oder zweier Legislaturperioden umsetzen

könnte, was in ihr programmatisch, nach der Repräsentation von Interessen und den personellen Ressourcen der Parteien angelegt ist. Und zum anderen dahingehend, welche Handlungen und Maßnahmen denkbar und möglich wären, um der Entwicklung hin zu einer illiberalen Demokratie, die zugleich auch das Ende des Verfassungsstaates als Fundament der bürgerlichen Demokratie einläuten würde, Einhalt zu gebieten – also diese Politik zu Ende zu denken.

Dazu haben wir 200 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur drei Fragen gestellt und gebeten, darauf aus ihrem je beruflichen und politischen Kontext zu reflektieren. Die Fragen lauteten:

- 14
1. *Was ist los?* Welche historischen, ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Bestimmungsmomente haben zur politischen Ausgangslage nach der Nationalratswahl 2017 geführt? Ist das nun eine politische Rechtswende oder eine „radikal gewordene Mitte“? Oder eine Übertreibung der Großen Koalition? Bedeuten den Subalternen Befindlichkeiten und Ängste alles, Interessen aber nichts mehr?
 2. *Was wird geschehen?* Kann man prognostizieren, wohin sich die österreichische Gesellschaft in der nächsten Legislaturperiode entwickeln wird? Was sind die Konsequenzen dieser Regierung für gesellschaftliche (Klassen-)Strukturen, politische Kultur und Ökonomie, soziale Inklusion und Exklusion, gerade aber auch Umwelt/Ökologie?
 3. *Was tun?* Welche Handlungsspielräume bestehen, um Deutungsmacht zu erringen, die Eckmarken neoliberaler Gouvernamentalität zu erschüttern und linke gesellschaftspolitische Positionen im hegemonialen Projekt von Türkis-Blau durchzusetzen? Wer ist das historische Subjekt nach der repressiven Atomisierung und Auflösung der Arbeiterklasse in einer diffusen Mittelschicht? Wer/was kann der/die „organische Intellektuelle“ der Linken in den nächsten Jahren sein?

Schließlich waren 50 Personen in der Lage, auf dieses Fragenbündel in relativ kurzer Zeit zu antworten. Zwei Drittel der von uns Befragten waren Frauen, zwei Drittel der erhaltenen Antworten stammen von Männern. Daran müssen wir noch arbeiten.

Die vorliegenden Beiträge spiegeln je unterschiedliche Eindrücke, Einschätzungen und Abwägungen wider, vereinen sich aber in jener konzeptionellen Klammer, dass Demokratie letztlich auf sozialer Inklusion beruht, dass jede soziale Spaltung den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht und dass die Beseitigung von Dissens im Rahmen einer kritischen Öffentlichkeit das Herz der bürgerlichen Gesellschaft attackiert.

Wir haben als Herausgeber in die Beiträge nicht redaktionell eingegriffen, für die Beiträge tragen die jeweiligen Autor*innen selbst die Verantwortung. Wir haben auch keine inhaltliche Gruppierung der Beiträge vorgenommen, sondern sie alphabetisch gereiht. Ein Autor hatte im Mai bereits seinen

200. Geburtstag. Seine *Thesen über Feuerbach* sind für den gegenständlichen Diskurs indes uneingeschränkt von Interesse und Relevanz.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge. Besonderer Dank gilt dem Mandelbaum Verlag, der das Projekt ohne zu zögern betreut hat und uns in allen Phasen unseres Vorhabens die erforderliche Unterstützung zuteilwerden ließ. Ein besonderer Dank gilt unserem Lektor Jannik Eder für seine Unterstützung, Beratungen und Korrekturen. Ohne seine Hilfe wäre das Buch schlechter geworden. Alle noch bestehenden Mängel liegen ausschließlich in unserer Verantwortung.

Wenn wir die politischen Verhältnisse verändern wollen, müssen wir zuerst versuchen zu verstehen, wie sie geworden sind, um auf die Frage antworten zu können, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen. Folglich dient dieses *zu Ende Denken* nicht nur der je unterschiedlichen Interpretation, sondern auch der Veränderung der Welt. Es kann und wird nicht so sein, dass alleine der Kanzler der Message Control, sein Vize und ihr Blümel entsprechend der II. Feuerbachthese („die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern“) handeln. Noch befinden sich jene Kräfte und Bewegungen, die am sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft arbeiten, in Erklärungs-, Begründungs- und Veränderungsnotstand. Frei nach Bert Brecht gilt aber selbst für das heute zu „Groß-Visegrád“ mutierende Europa: „Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.“

15

Nikolaus Dimmel & Tom Schmid
Salzburg/Baden, im Sommer 2018